

A1 B1 - Zeile 50

Antragsteller*in: Gudrun und Dietmar

Antragstext

- 1 Einfügen in Zeile 50:
- 2 Deshalb brauchen wir jetzt eine gesellschaftliche Debatte sowohl über die
- 3 Qualität der frühkindlichen Bildung wie über ein gerechteres Schulsystem, das
- 4 weniger ausgrenzt und mehr integriert.

Begründung

Wer für eine inklusive Schule eintritt, muss auch sagen, dass man dafür ein anderes Schulsystem braucht. Die soziale Spaltung der Gesellschaft wird durch das selektive, gespaltene deutsche Schulsystem befördert. Es ist allgemeiner Forschungsstand, dass unser Schulsystem hochgradig selektiv und in einem Widerspruch zu einem inklusiven Schulsystem steht. Eine inklusive Schule kann nur Teil eines inklusiven Schulsystems sein. Grüne engen sich nicht auf ein Modell ein. Wir müssen aber eine gesellschaftliche Debatte über ein zukunftsfähigeres Schulsystem anstoßen. Nur so können wir dem Anspruch einer Bildung für das 21. Jahrhundert gerecht werden.

A2 B1 - Zeile 100

Antragsteller*in: Gudrun und Dietmar

Antragstext

- 1 einfügen nach „Bildungseinrichtungen“: (KiTa, Schule)

Begründung

Bildung ist viel mehr als Schule. Die Kita als frühkindliche Bildungsinstitution, die entscheidende Weichen für spätere Bildungsverläufe setzen kann, muss in einem grünen Bildungskonzept einen deutlicheren Stellenwert bekommen.

A3 B1 - Zeile 106

Antragsteller*in: Gudrun und Dietmar

Antragstext

- 1 Zeile 106 bis 107 "Bildung muss [...] zu vernachlässigen" ersetzen durch:
- 2 In den ersten Lebensjahren werden entscheidende Weichen für spätere
- 3 Bildungsverläufe gestellt. Deshalb muss derzeit die Qualitätsentwicklung in den
- 4 Einrichtungen der frühen Bildung im Vordergrund stehen. Perspektivisch soll
- 5 Bildung von Beginn an für alle gebührenfrei sein.

Begründung

So wünschenswert die Beitragsfreiheit ist, muss es vorrangig um die Qualitätsverbesserung in Kitas gehen. Das frühkindliche Bildungssystem braucht deutlich mehr Ressourcen, es ist im internationalen Vergleich unterfinanziert. Gerade wenn wir es ernst meinen, das Bildungsgefälle zwischen Arm und Reich verringern zu wollen, brauchen Kitas mehr und besser ausgebildetes Personal. Von einer Beitragsfreiheit profitieren arme Familien in keiner Weise. Sie sind in aller Regel jetzt schon beitragsbefreit. Auch sogenannte Besserverdienende profitieren davon, wenn mehr Kinder besser vorbereitet die Schule beginnen.

A4 B1 - Zeile 146

Antragsteller*in: Gudrun und Dietmar

Antragstext

- 1 Einfügen einer Überschrift in Zeile 146:
- 2 "Erziehungs- und Bildungspartnerschaften ausbauen"

Begründung

Nur in einem konstruktiven Miteinander auf Augenhöhe von Familie und Bildungseinrichtung jenseits der traditionellen sogenannten Eltern"arbeit" kann die gemeinsame Verantwortung gelingen. Die Überschrift soll auch den grünen Blick auf die große Bedeutung der Familie für den Bildungserfolg reflektieren.

A5 B1 - Zeile 120

Antragsteller*in: Grudrun und Dietmar

Antragstext

- 1 Einfügen in Zeile 120:
- 2 "Familienzentren brauchen eine verbesserte Personal- und Finanzausstattung."

Begründung

Der wichtige Auftrag der Familienzentren, aus einer sozialräumlichen Orientierung und Kooperation mit anderen Partnern heraus Familien anzusprechen und einzubeziehen, muss auch durch verbesserte Ressourcen gestützt werden. Die derzeitigen jährlichen Zuweisungen reichen bei weitem nicht. Familienzentren, die ihren Auftrag ernst nehmen, kommen schon lange an ihre Personalgrenzen. Die Problemlagen der Familien werden immer komplexer. Dafür braucht es differenzierte (und damit auch meist teure) Lösungsangebote.

A6 B1 - Zeile 147

Antragsteller*in: Gudrun und Dietmar

Antragstext

- 1 Einfügen als ersten Satz in Zeile 147:
- 2 "Noch immer entscheidet der familiäre Hintergrund stärker über den
- 3 Bildungserfolg als KiTas oder schulische Institutionen. So ist zum Beispiel die
- 4 Digitalisierung gerade für Kinder aus armen Familien ein neues und zusätzliches
- 5 Bildungshemmnis. Familien müssen im Rahmen einer Erziehungs- und
- 6 Bildungspartnerschaft in KiTa und Schule enger begleitet und unterstützt werden.
- 7 Dafür wollen wir die Voraussetzungen verbessern."

Begründung

Bildungsforschung betonte in den letzten Jahren immer wieder die Relevanz der familiären Bildungsprozesse. Für mehr Bildungsteilhabe und Bildungserfolg müssen viele Familien stärker in ihrem Erziehungs- und Bildungsprozess begleitet und unterstützt werden. Für Bildungsinstitutionen, in denen mehr als die Hälfte der Familien als arm gelten, gilt dies in besonderer Weise.

A7 B1 - Zeile 147

Antragsteller*in: Gudrun und Dietmar

Antragstext

- 1 In Zeile 147 "Neben den [...] Familienbildungsstätten." ersetzen durch:
- 2 "Den Familienzentren und Familienbildungsstätten kommt"

Begründung

In den Familienzentren und Familienbildungsstätten haben wir niedrigschwellige Einrichtungen, die auf Basis jahrelanger Erfahrungen ihre Arbeit ausbauen können. Sie stehen für ein Bildungsverständnis, indem Bildung mehr als Schule ist.

A8 B1 - Zeile 182

Antragsteller*in: Gudrun und Dietmar

Antragstext

- 1 Einfügen in Zeile 182 nach "unterstützen wollen":
- 2 "Grundschulbezirke sollen wieder für die Schulwahl verbindlich werden. Wir
- 3 müssen der schulischen Segregation und damit gesellschaftlichen Segregation
- 4 entgegenwirken."

Begründung

Internationale Schulvergleiche haben immer wieder gezeigt, dass die Grundschule im Vergleich zu den weiterführenden Schulen deutlich besser abschneidet. Dabei war und ist die Grundschule noch immer inklusiver. Für eine demokratisch verfasste Gesellschaft ist es elementar, dass möglichst viele Kinder gemeinsam unterrichtet werden. Die Grundschule hat bewiesen, dass sie das kann. Sie ist gut geeignet, der gesellschaftlichen Spaltung entgegenzuwirken. Im Gegenteil stärkt das Miteinander von „armen“ und „reichen“ Kindern die Schule und die Gesellschaft.

A9 B1 - Zeile 419

Antragsteller*in: Gudrun und Dietmar

Antragstext

- 1 Zeile 419 bis 423 streichen.

Begründung

Im Rückblick war der Schulkonsens kein Erfolg. Er kam zu einem Zeitpunkt, indem in konservativen Kreisen das Thema Schulstruktur langsam neu gedacht wurde (siehe damaliger Antragsentwurf des CDU Bundesvorstands). Der Schulkonsens stärkte die konservativen SchulpolitikerInnen. Schule „von unten“ neu entstehen zu lassen, hat nicht funktioniert. Der Bildungserfolg möglichst vieler ist im Interesse aller, trägt er doch zu gesellschaftlichem Wohlstand und Miteinander bei. Der Stillstand in der Debatte über ein in diesem Sinne erfolgreicherer Schulsystem ist kontraproduktiv. Breite Mehrheiten brauchen breite gesellschaftliche Debatten. Der grüne Landesverband sollte hier ein wichtiger Motor und Begleiter zu einem inklusiveren Schulsystem sein.

A10 B1 - Zeile 433

Antragsteller*in: Gudrun und Dietmar

Antragstext

- 1 Einfügen in Zeile 433 nach "umzuwandeln.":
- 2 "Wir brauchen eine breite gesellschaftliche Debatte über ein weniger selektives
- 3 Schulsystem, wie es in vielen anderen Ländern und einigen Bundesländern
- 4 realisiert ist."

Begründung

Wer für eine inklusive Schule eintritt muss auch sagen, dass man dafür ein anderes Schulsystem braucht. Die soziale Spaltung der Gesellschaft wird durch das selektive, gespaltene deutsche Schulsystem befördert. Es ist allgemeiner Forschungsstand, dass unser Schulsystem hochgradig selektiv und in einem Widerspruch zu einem inklusiven Schulsystem steht. Eine inklusive Schule kann nur Teil eines inklusiven Schulsystems sein. Grüne engen sich nicht auf ein Modell ein. Wir müssen aber eine gesellschaftliche Debatte über ein zukunftsfähigeres Schulsystem anstoßen. Nur so können wir dem Anspruch einer Bildung für das 21. Jahrhundert gerecht werden.

A11 B1 - Zeile 616

Antragsteller*in: Grudrun und Dietmar

Antragstext

1 Einfügen in Zeile 616:

2 "Eine stringente berufliche Orientierung und Bildung gewinnt zunehmend an
3 Bedeutung, um den jungen Menschen frühzeitig eine individuelle Perspektive zu
4 ermöglichen und um den zukünftigen Fachkräftebedarf zu sichern. Es ist notwendig
5 ein Gesamtkonzept der beruflichen Bildung zu entwickeln, welches den
6 Erfordernissen einer Qualifizierung von „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAoA)
7 genauso Rechnung trägt wie einem verbesserten Übergangmanagement von Schule in
8 Ausbildung und Studium. Die Potenziale der Dualen Ausbildung müssen dringend
9 einen neuen Stellenwert in der beruflichen Bildung erhalten. Wir werden dazu in
10 naher Zukunft detaillierte Vorstellungen erarbeiten."

Begründung

Eine Bildung für das 21. Jahrhundert darf nicht den Bereich der beruflichen Bildung ausklammern. Zunehmender Fachkräftemangel, hohe Abbruchquoten bei den Auszubildenden bis zu 40 %, steigende Zahlen in den sog. ‚Warteschleifen‘ der Berufskollegs, Abbruchquoten in den Hochschulen bis zu 30 % und mehr sowie die fehlende Akzeptanz der Dualen Ausbildung u.a. zeigen deutlich auf, dass es dringend notwendig ist, die bestehenden Konzepte und Strukturen der beruflichen Bildung zu überarbeiten und eine Art ‚Gesamtkonzept der beruflichen Bildung‘ zu entwickeln. Berufliche Bildung muss über alle Bildungseinrichtungen hinweg (Berufliche Bildung von Beginn an ! – von KiTa über alle Schulstufen hinweg bis zum Übergang in Beruf und Studium) konsequent mit Partnern aus Bildung, Wirtschaft und Gesellschaft zu einem fest verankerten und verpflichtenden Bestandteil aller Bildungskonzepte werden. Grüne sollten sich für diese Entwicklung verantwortlich zeigen und eine entsprechende Initiative ankündigen.